BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

KATJA KEUL

INFOPOST

AUGUST 2013

THEMEN

EURO HAWK * VERABSCHIEDUNG DES INTERNATIONALES WAFFENHANDELSABKOMMEN (ATT) * BESUCH IN MALI * GEMEINSAME SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK DER EU * MEINE REGION

INHALT

Seite 02 BEGRÜSSUNG Seite 04 EURO HAWK Seite 05 VERABSCHIEDUNG DES INTERNATIONALES WAFFENHANDELSABKOMMEN (ATT) Seite 06 BESUCH IN MALI Seite 06 Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU Seite 07 MEINE REGION

LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

Immer kommt es anders, als man denkt: nun endete die Legislatur für mich so, wie sie angefangen hat: **mit einem Untersuchungsausschuss!**

Aufgrund dieser parlamentarischen Verlängerung sehe ich mich veranlasst, im Gegensatz zur Ankündigung im März doch noch einmal eine Infopost zu verschicken.

Im Verteidigungsausschuss hat uns das Scheitern des **Euro Hawk-Projektes** die Probleme im Beschaffungswesen noch einmal deutlich vor Augen geführt. Dass es hier u.a. auch um ein strukturelles Problem geht, haben die Vorgänge um den Hubschrauber NH 90 und den Eurofighter belegt. Warum wir Grüne auf einem Untersuchungsausschuss bestanden haben, ist auch in dieser Infopost zu lesen.

Parallel zur Arbeit in Berlin sind natürlich auch die Vorbereitungen für die **Bundestagswahl am 22.09.2013** angelaufen.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Zunächst einmal möchte ich mich bei den niedersächsischen Grünen und ihren Delegierten für das Vertrauen bedanken, das sie mir auf dem **Landesparteitag in Oldenburg am 08. März** ausgesprochen haben, indem sie mich zu ihrer niedersächsischen Spitzenkandidatin gewählt haben! Das motiviert mich, diese Herausforderung anzunehmen und ich werde alles tun, um ihr gerecht zu werden.

Ende April haben wir auf dem Bundesparteitag in Berlin **unser Wahlprogramm** beschlossen, in dem wir nicht nur sagen, was wir in Regierungsverantwortung besser machen, sondern auch, wie wir es finanzieren wollen. Die Empörung der üblichen Verdächtigen über unsere Vorstellungen zu Steuererhöhungen haben dazu geführt, dass unser Programm das am besten bekannte Programm aller Parteien geworden ist. Es hat sich aber vor allem auch gezeigt, dass unsere AnhängerInnen gerade Wert auf Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit legen und uns dafür auch in Umfragen die Treue halten.
Für uns ist selbstverständlich, dass wir die Fakten nicht bis nach der Wahl für uns behalten oder mit ungedeckten Schecks in den Wahlkampf ziehen, wie Angela Merkel es tut!
Dabei sind die **moderaten Steuererhöhungen** für uns nur ein Teil der Finanzierung.
Selbstverständlich wollen wir auch **Ausgaben einsparen** und S**ubventionen kürzen** – vor allem die **ökologisch schädlichen!**

Wir erleben das Anlaufen mächtiger Kampagnen gegen unsere politischen Ziele: die Energiekonzerne blasen zum Generalangriff auf das **Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG),** die Wirtschaftsverbände verteufeln jede Form der **Steuererhöhung** und ein Teil der Ärzteschaft wettert **gegen die Bürgerversicherung.**
Der Kampf um die Energiewende und eine gerechtere Steuerpolitik werden zentrale Streitpunkte der politischen Auseinandersetzung in den nächsten Wochen werden. Es wird nicht leicht werden, sich diesen mächtigen Lobbyinteressen entgegen zu stellen. Was uns dabei hilft, ist die Überzeugung auf der richtigen Seite zu stehen.

Mit Ihrer/Eurer Unterstützung können wir es schaffen und für andere Mehrheitsverhältnisse in diesem Lande sorgen!

Zum Wahlkampfauftakt der Niedersächsischen Grünen lade ich Sie / Euch herzlich nach Obernkirchen ein: **10. August 2013, 14.00-18.00 Uhr, Museumsbahnhof, Bahnhofstraße 7, 31683 Obernkirchen.**

AUF GEHT´S!

Eure Katja Keul

EURO HAWK

Drei gewichtige Gründe haben mich dazu veranlasst, einen Untersuchungsausschuss in Sachen Euro Hawk zu fordern, nachdem Staatssekretär Beemelmans am 13. Mai 2013 beschlossen hatte, das Vorhaben aufzugeben:

Zunächst hat der Minister sich selbst in Bedrängnis gebracht, indem er uns aus unerfindlichen Gründen erklärt hatte, vor dem 13. Mai keine Vorlage zu den Problemen erhalten zu haben. Nachdem klar war, dass er immer wieder über die Zulassungsprobleme des Euro Hawk informiert worden ist, hat er sich damit rausreden wollen, die Probleme seien ihm bis zum 13. Mai stets als lösbar geschildet worden. Im Ausschuss haben wir dann festgestellt, dass das Projekt Euro Hawk zu den 30 priorisierten Rüstungsvorhaben gehört, die als leitungsrelevant eingestuft sind. Das bedeutet, dass der Minister und seine Staatssekretäre sich selbst aktiv hätten informieren müssen. Bei seiner Vernehmung hat der Minister dann bedauert, sich missverständlich ausgedrückt und nicht eher nachgefragt zu haben.

Ein weiteres schweres Versäumnis ist die Tatsache, dass der Minister ein Jahr zuvor, im Mai 2012, den Haushaltsausschuss nicht über die Zulassungsprobleme beim Euro Hawk informiert hat, als diesem die Bewilligung von 460 Mio. Euro für das bauartgleiche Drohnenprojekt der NATO, Global Hawk, vorlag.

Für am schwerwiegendsten halte ich aber das totale Versagen des Verteidigungsministeriums (BMVg) bei der Prüfung von Schadensersatzansprüchen des Bundes gegen die Industrie, namentlich gegen den Rüstungskonzern EADS. Nach Durchsicht des Vertrages vom Januar 2007 komme ich zu der Auffassung, dass hier erhebliche Ansprüche im Raum stehen. Die Zeugenbefragung hat erschreckenderweise ergeben, dass sich die Rechtsabteilung des BMVg bis heute nicht ein einziges Mal mit dem Vertrag beschäftigt hat. Der Präsident des Beschaffungsamtes Stein und der Hauptabteilungsleiter Rüstung im BMVg Selhausen betonen seit Wochen stur, es gelte wie üblich eine Bemühensklausel, so dass die Industrie nicht hafte. Im Vertrag wurde diese Klausel aber gerade ausgeschlossen und der ehemalige Minister Jung hat bei seiner Aussage betont, dass er bei Vertragsschluss darauf bestanden habe, eine Gewährleistungspflicht der Industrie zu vereinbaren.

De Maiziere selbst erklärte mir gegenüber im Juni, er würde auf meinen Vorhalt hin eine Anwaltskanzlei mit der Prüfung von Ansprüchen beauftragen. Es fragt sich, warum die Juristen im Verteidigungsministerium dazu nicht in der Lage sind? Angeblich sei eine Kanzlei unabhängiger! Das ist eine wirklich beunruhigende Aussage.

EADS ist im BMVg offensichtlich so präsent, dass sich niemand mehr in der Lage sieht, die Interessen der SteuerzahlerInnen zu vertreten!

Und damit ist das Versäumnis des Ministers, seit 2012 nicht selber nachgefragt zu haben, auch durchaus entscheidungsrelevant. Die Gespräche mit der Industrie wären nämlich anders verlaufen, wenn die Regierung nicht immer widerspruchslos die Zusatzkosten für die Zulassung auf sich genommen hätte.

Kurz zusammengefasst: versagt haben vor allem Stein, Selhausen, Beemelmans und de Maiziere. Beruhigend war hingegen die Erfahrung, zu erleben, dass es auch anders geht:

Sowohl die Beamten der Musterprüfstelle für die Zulassung von Luftfahrzeugen der Bundeswehr als auch die Beamtin des Bundesrechnungshof hatten einen hervorragenden Überblick über die Vorgänge und konnten klare, präzise und kritische Antworten auf alle Fragen geben. Trotz der verheerenden Zustände im BMVg lässt es mich künftig ruhiger schlafen, zu wissen, dass es den Bundesrechnungshof gibt!

Katja Keul und Uta Zapf vor der Sankt Georgs Statur vor dem UN-Gebäude in New York.

VERABSCHIEDUNG DES INTERNATIONALEN WAFFENHANDELSABKOMMEN (ATT)

Vom 18. bis 20. März 2013 bin ich mit einer Delegation deutscher Abgeordneter nach New York gereist, um mir dort ein Bild von den Verhandlungen zu einem Internationalen Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty – ATT) zu machen. In Gesprächen mit VertreterInnen zahlreicher Delegationen wurde die Bereitschaft deutlich, internationale Regeln für den Waffenhandel, insbesondere auch den Handel mit Kleinwaffen, aufzustellen. Als großer Erfolg kann auch angesehen werden, dass die Beachtung der menschenrechtlichen Lage als Kriterium für die Legitimität von Waffenhandel in den Vertrag aufgenommen wurde. In diesem Zusammenhang bin ich bei den anderen Delegationen auf großes Unverständnis in Bezug auf die von Schwarz-Gelb gebilligten Waffengeschäfte mit den Golfstaaten gestoßen.

Zwar hat das Veto von Nordkorea, Syrien und dem Iran verhindert, dass der Vertrag schon auf der Konferenz beschlossen wurde, ich sehe es aber als großen Erfolg an, dass die UN-Generalsversammlung daraufhin am 2. April 2013 den Vertragstext mit großer Mehrheit angenommen hat. Deutschland gehört zu den Erstunterzeichnern und der Deutsche Bundestag hat am 27. Juni 2013 die Ratifizierung des Vertrags einstimmig angenommen.

Reisebericht NY Rede ATT

BESUCH IN MALI

Vom 17. bis 19. April 2013 habe ich mit meinem Kollegen und Fraktionsvorsitzenden Jürgen Trittin Mali besucht. In Gesprächen u.a. mit dem Generalsekretär des malischen Präsidenten Traoré, dem malischen Verteidigungsminister sowie Verantwortlichen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, der EU und der französischen Streitkräfte konnten wir uns über die Situation vor Ort informieren. Zudem besuchten wir das Ausbildungscamp in Koulikoro, in dem seit Anfang April deutsche Soldatinnen und Soldaten an der Ausbildung von Einheiten der malischen Armee beteiligt sind.

Katja Keul und Jürgen Trittin mit Abgeordneten aus dem Norden Malis vor der deutschen Botschaft in Bamako, Mali

▸ Reisebericht Mali

Diesem Einsatz hatte ich zusammen mit der großen Mehrheit meiner Fraktion und des Bundestages Ende Februar zugestimmt, ebenso wie der Beteiligung der Bundeswehr an der Mission der Afrikanischen Union AFISMA durch Lufttransport und Luftbetankung. Die Unterstützung der AFISMA wurde inzwischen auch mit grüner Unterstützung durch Beschluss des Bundestages im Juni auf die UN-Friedensmission MINUSMA übertragen. Allerdings haben wir einen Entschließungsantrag in den Bundestag eingebracht, in dem wir die Bundesregierung aufgefordert haben, ihre außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Maßnahmen zu erweitern und aufeinander abzustimmen und sie mit den malischen Autoritäten und den internationalen Partnern besser zu koordinieren.

▸ Rede MINUSMA ▸ Entschließungsantrag MINUSMA

GEMEINSAME SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION (GSVP)

Auf der zweiten Interparlamentarischen Konferenz der nationalen EU-Parlamente mit dem Europäischen Parlament zu Fragen der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik konnte ich Ende März in Dublin die Zusammenarbeit mit anderen grünen Abgeordneten verstärken. Gemeinsam schlugen wir vor, das Thema Rüstungsexporte als einen der Hauptdiskussionspunkte der nächsten Konferenz aufzusetzen.

▸ Reisebericht

Zum Ende der Wahlperiode habe ich dem Arbeitskreis 4 „Internationales“ der Fraktion den Arbeitsstand in meinem Büro zu Fragen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einem Arbeitspapier vorgestellt.

▸ GSVP-Papier

MEINE REGION

BESUCH AUF DER LÜRSSEN-WERFT

Vor einigen Wochen hatte ich Spekulationen über geplante Exporte von Patrouillenbooten an Saudi Arabien kritisch kommentiert. Um mich aus erster Quelle über die wirtschaftliche Dimension solcher Exporte zu informieren, besuchte ich Ende Juni die Lürssen-Werft in Bremen. Der Firmeninhaber Friedrich Lürßen stellte mir sein Unternehmen vor und erläuterte die Rolle der Kriegsschiffexporte, die zwar derzeit nur einen geringen Teil des Umsatzes ausmachten, aber zum größten Teil in die von uns besonders kritisch bewerteten Drittstaaten gehen. Ich verwies auf die außen- und sicherheitspolitischen Auswirkungen. Auch wenn Schiffe weniger zur inneren Repression genutzt werden als Panzer, gilt aus grüner Sicht: „Kriegswaffen haben in Drittländern außerhalb von NATO und EU nichts zu suchen."

Katja Keul mit Friedrich Lürßen

Lürßen betonte mir gegenüber die Geheimhaltungsbedürftigkeit der Voranfragen aufgrund der internationalen starken Konkurrenz, um Wettbewerbsnachteile für die deutschen Unternehmen zu vermeiden.

Einig waren wir uns hinsichtlich der Notwendigkeit einer besseren europäischen Zusammenarbeit und Koordinierung. Es ist schließlich weder sicherheitspolitisch noch wirtschaftlich sinnvoll, dass die EU-Mitgliedstaaten sich gegenseitig bei der Entwicklung und Herstellung von militärischen Gütern Konkurrenz machten.

BAD NENNDORF

Die Eröffnung der Wanderausstellung des Deutschen Bundestages am Gymnasium Bad Nenndorf war eine gute Gelegenheit, den Bürgerinnen und Bürgern Bad Nenndorfs für ihren Einsatz gegen die alljährlichen Aufmärsche der Nazis in der Kurstadt zu danken. Meine Rede im Wortlaut finden Sie hier.

VERANSTALTUNGEN NIEDERSACHSEN

Schon vor der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes konnte ich bei zahlreichen Veranstaltungen in Niedersachsen feststellen, dass die grünen Kreisverbände darauf brennen, Schwarz-Gelb auch in Berlin abzulösen.
Anfang Juni haben die grünen Mitglieder in einem Mitgliederentscheid über die Themen abgestimmt, die uns bei einer Regierungsbeteiligung besonders wichtig sind. Über das Ergebnis habe ich mich sehr gefreut, weil die Themen, die mir am Herzen liegen, auch die gesamte Partei bewegen.

Hier finden Sie das Ergebnis des Mitgliederentscheides.

Veranstaltung in Osnabrück mit meiner Abgeordnetenkollegin Dorothea Steiner und Thomas Klein, Grüner Kandidat für die Oberbürgermeister-Wahl in Osnabrück im Vorfeld des grünen Mitgliederentscheids: „Welche Themen sind uns wichtig?“

Diskussion zur Friedenspolitik in Westerstede mit Peter Meiwald (mitte), der für den Wahlkreis 27 (Oldenburg / Ammerland) und auf Platz 6 der grünen Landesliste kandidiert, im Gespräch mit Peter Tobiassen (Evang. Bildungswerk Ammerland).

Beim Treffen mit VertreterInnen der Kreisverbände meiner Region in Westen (Landkreis Verden) u.a. mit Eva Viehoff, Bundestagskandidatin im Wahlkreis 29 –Cuxhaven-Stade II, Platz 9 der Landesliste Niedersachsen. Dass die Grünen von der Küste bis ins Weserbergland und in ganz Niedersachsen für die Bundestagswahlen hervorragend aufgestellt sind, konnten wir ebenso feststellen wie die erfreulichen Mitgliederzuwächse und überzeugenden Landtagswahlergebnisse.

Im Gespräch mit Soldaten der Bundeswehr und Dragos Pancescu, Bundestagskandidat im Wahlkreis 28 – Wesermarsch/ Oldenburg-Land/ Delmenhorst über die Lage in Afghanistan und die Auswirkungen auf die Soldatinnen und Soldaten.

Veranstaltungsflyer für eine Diskussionsveranstaltung mit Monika Berkhan, Direktkandidatin im Wahlkreis 45, Gifhorn / Peine

REISEGRUPPE REICHSTAGS-KUPPEL

Reisegruppe unter der Reichtagskuppel im Juni 2013

Auch im Jahr 2014 lade ich Besuchergruppen aus meinem Wahlkreis und meiner Region in den Bundestag nach Berlin ein.

Die Termine und Programme stehen noch nicht fest. In einem bin ich mir allerdings sicher: Meine Gäste werden mehr GRÜN im Bundestag erleben.

Interessierte können sich in der Rubrik „Berlinfahrten“ auf meiner Homepage www.katja-keul.de anmelden.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

GRÜNER TISCH - KATJA KEUL KOMMT VORBEI!

Egal ob Schwangerschaftsgymnastikgruppe, Schach-AG, Nachbarschafts- oder KollegInnenkreis: Ich komme gerne vorbei, um mit Ihnen und Euch über Ideen, Anregungen und Kritik zu sprechen. Das gilt natürlich nicht nur im Wahlkampf! Aber gerade vor der Bundestagswahl kommen viele Menschen auf mich zu, die mit mir sprechen wollen.

Alles was gebraucht wird, ist ein Veranstaltungsort (Wohnung, Terrasse, Garten, Park) mit Tisch und Stühlen sowie politisch interessierte Menschen, die mit mir über politische Themen diskutieren wollen.

Ob Grün oder Nicht-Grün, Kegelklub, Jugendgruppe oder Sportverein. Ich komme nach Hause, auf öffentliche Plätze, in Vereinsräume oder in das Café um die Ecke, um für grüne Politik zu werben und Ideen für die Verbesserung der grünen Politik aufzunehmen. Ich will mit Ihnen und Euch ins Gespräch kommen. **Laden Sie mich ein!**

Anmeldung unter ▸ www.katja-keul.de

ICH FREUE MICH AUF VIELE SPANNENDE GESPRÄCHE!

KATJA KEUL
INFOPOST

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

www.katja-keul.de

BERLIN
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
T: 030 / 227 - 71664, F: 030 / 227 - 76591
Katja.Keul@bundestag.de

NIENBURG
Wahlkreis- und Regionalbüro Katja Keul MdB
Wallstraße 2a, 31582 Nienburg
T: 05021 / 92292-55, F: 05021 / 92292-56
Katja.Keul@wk.bundestag.de

Bilder: Titel Sonnenblume©newbie2003-photocase.de, Panzer©sto.E.-photocase.de